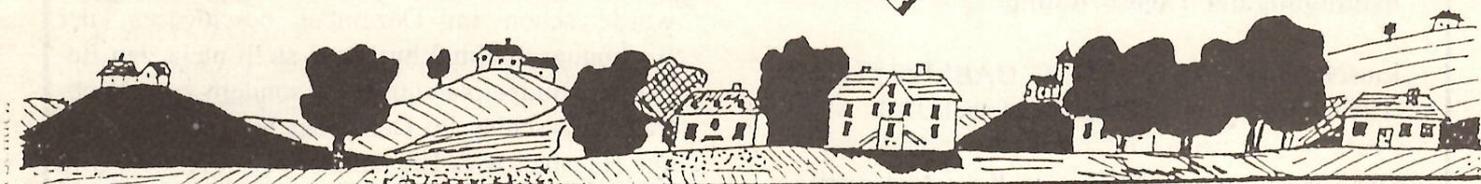


LISTE

GABLITZ

Sozial-Ökologische
Plattform



Postgebühr bar bezahlt

Nr. 1/98

An einen Haushalt

Selbstbedienung

Wenn Wahlen fern und die Opposition klein ist, kann man/frau sich einiges leisten. So auch die Mitglieder der SPÖVP und ihre Anhängsel LIF und F.

Bereits 1997 beschlossen die 4 Parteien sich selbst eine Parteienförderung in nicht unbeträchtlicher Höhe zu gewähren. Völlig korrekt wurde zunächst in Gablitz eine Anzeigenabgabe eingeführt, die 10 % der Anzeigengebühren in den Zeitungen ausmacht. Anlaßfall war ein Verlag, der sich in Gablitz angesiedelt hat und von dessen Einnahmen man/frau gerne 10 % gehabt hätte.

Nachdem nun die Anzeigenabgabe eingeführt worden ist, erschrak jedoch die SPÖVP zutiefst. Die eigenen Hochglanzblättchen waren ja auch voll mit Inseraten und damit eine willkommene Einnahmequelle für die Parteien. Und von diesen Einnahmen wollte natürlich niemand gerne 10 % abgeben.

Der Ausweg war bald gefunden: Eine Förderung muß her! Es wird einfach den Parteien die zu erstattende Abgabe von der Gemeinde wieder als Subvention zurückgegeben. Erst im Rahmen des Rechnungsabschlusses kam die SPÖVP (auf Nachfrage der LISTE GABLITZ) darauf, daß diese Transaktion (Einzahlen an die Gemeinde sowie Auszahlung an die Parteien) im Budget transparent gemacht werden muß. Aber das ist ja soo peinlich. Wenn die BürgerInnen das offen sehen würden ... was würden die wohl darüber denken? Also ließ man/frau diese An-

gaben einfach weg. Sowohl im Nachtragsvorschlag als auch im Rechnungsabschluß fehlen diese Budgetposten einfach. Die vier Parteien nehmen zwar, sind aber zu feig um es auch offen zuzugeben.

Weil diese Gelder aber nur der jeweiligen Partei zugute kam und die persönlichen Finanzen unberührt ließen wurde jetzt auch die Bezügeregelung geändert. Mit einem Schlag verdienen alle GemeinderätInnen um 25 % mehr pro Monat. Eine Neuregelung der Bezüge wurde zwar gemäß dem neuen Bezügesetz (Gehaltspyramide) notwendig, die Erhöhung jedoch war nicht vorgegeben. Die beschloß die SPÖVP ganz allein. Somit steigt der Bezug des Bürgermeisters von ATS 27.358.-- auf ATS 34.000.--. Da alle anderen GemeinderätInnen mit diesem Bezug verbunden sind, steigen auch deren Gehälter um diese 25 %. Gesamt betragen die zusätzlichen Kosten für die Gemeinde - und damit für Sie - jährlich ATS 385.000.--. Ein ansehnlicher Betrag den sich die Damen und Herren der SPÖVP damit in die eigene Tasche beschließen.

Es steht Ihrer Phantasie frei zu beurteilen, wie moralisch diese Selbstbedienung in Zeiten von Sparpaketen und Sozialkürzungen sind. Die Frage, ob es politisch klug war, stellt sich allerdings erst bei der nächsten Wahl im Jahr 2000.

Gottfried

Bericht von der Gemeinderats- sitzung vom 19. 2. 1998

1. Feststellung der Beschlußfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Entschuldigt: Weiss (LISTE GABLITZ), Papai (LIF), Klimitsch (F), Ratzka erst ab TOP 4.

Die Tagesordnung wurde ohne Kommentar angenommen

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 4. 12. 1997

Zum Protokoll der letzten Sitzung gab es keine Anmerkungen.

Abstimmung: 19 Dafür - 0 Dagegen - 0 Enthalten

3. Bericht des Prüfungsausschusses

GGR Kamauf berichtete von den Tätigkeiten des Prüfungsausschusses. Da dieser niemanden weh tun will, beschränkt er seine Tätigkeit auf Routineangelegenheiten. Wie immer, wenn ein Koalitionär den anderen prüft, gab es nur eitel Freude und Sonnenschein. Der Bericht wurde daher zur Kenntnis genommen.

4. Bericht des Bürgermeisters

- a) Stellungnahme zum Bericht des Prüfungsausschusses: Es wird seit Jahren kein wichtiges Bauvorhaben in seiner Gesamtheit geprüft. Der Prüfungsausschuß beschränkt sich (wohlweislich) auf Kinkerlitzchen. Der Bürgermeister bedankt sich dann nach diesem Bericht und gelobt bei den gefundenen Kleinigkeiten (getrennte Aufbewahrung von Handkassa und wichtigen Papieren) Besserung. So schön kann Kontrolle sein.
- b) Der Kindergarten bei der Kirche wird bereits abgerissen. Der BM bestätigt, daß die Arbeiten im vorgesehenen Zeitplan verlaufen.
- c) Die nächsten **GR Termine**: 4. Juni, 17. September, 3. Dezember

5. Rechnungsabschluß 1997

Aufgrund der Umstellung der Budgetplanung infolge der Maastricht Kriterien ist diesmal erstmalig der Rechnungsabschluß von der Budgeterstellung des Folgejahres entkoppelt. Das Budget wurde schon im Dezember beschlossen, der Rechnungsabschluß hingegen stellt nicht den Bezug zur Budgetplanung 1998 sondern zum Nachtragsvoranschlag im Dezember her. Der ordentliche Haushalt wies Einnahmen von ATS 68,9 Mio und Ausgaben von ATS 67,5 Mio. auf. Der außerordentliche Haushalt schloß mit Einnahmen in der Höhe von ATS 29,3 Mio. und Ausgaben von 11,9 Mio. ab. Der **Schuldenstand** der Gemeinde betrug am 31. 12. 1997: **ATS 179,6 Mio.** Durch den Beschluß eines Rechnungsabschlusses erfolgt auch die nachträgliche budgetäre Deckung der Politik der SPÖVP für das Jahr 1997. Da die LISTE GABLITZ jedoch gegen einige Vorhaben war, konnte sie natürlich auch der budgetären Deckung nicht zustimmen.

Abstimmung: 19 - 1 (Lamers, LiGa) - 0, angenommen

6. Darlehensaufnahmen für den Neubau des Kindergartens und des Gemeindeamtes

Nach insgesamt 7 Angeboten diverser Banken schlug VBM Ehrengruber eine Darlehensaufnahme von **ATS 10,47 Mio.** über 15 Jahre bei der **Ersten Österreichischen Sparkasse** vor. Die Zinsen basieren auf dem 6-Monats-Vibor und betragen beim Bestbieter derzeit 3,83 %.

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen

7. Bonusaktion 1997 für Kompostierer

Fast ohne Protest wurde diesmal die Verlängerung der Kompostieraktion hingenommen. Jene 472 ökologisch bewußt handelnden GablitzerInnen, die auch 1997 auf die Biotonne verzichtet und dafür ihren eigenen Komposthaufen gepflegt haben, bekommen einen Bonus von **ATS 120,--** auf die Müllgebühren gutgeschrieben.

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen

GR Lamers stellte den Zusatzantrag, daß zukünftig über diese Bonusaktion nicht jährlich (immerhin schon das vierte Mal) im Nachhinein abgestimmt werde, sondern diese Bonusaktion fix eingeführt wird. Damit wäre die **Rechtssicherheit** gegeben und alle GablitzerInnen könnten damit kalkulieren.

Abstimmung: 4 (Lamers, Cech, Knoll, Riegler) - 11 - 5, abgelehnt

8. Subventionen

a. Soziales: Die diversen Einrichtungen der Sozialstation Purkersdorf werden auch dieses Jahr wieder in dem Maße unterstützt, als sie Leistungen für GablitzerInnen erbracht haben. Die **Sozialstation** bekommt daher für sozialmedizinische Leistungen (Heimhilfe) ATS 57.040,--, der „**Bunte Schirm**“ für Jugendhilfe ATS 4.000,-- und „**Familie Aktiv**“ für die Tagesmüttervermittlung und den Kindertreff ATS 50.000,--.

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen

b. Kultur und Sport: Folgende Subventionen wurden vorgeschlagen:

Josef Karner Bücherei	ATS 5.000,--
Gablitzer Kulturkreis	ATS 83.000,--
SV Gablitz	ATS 85.000,--
Musikverein	ATS 35.000,--
Amateur Film Club	ATS 4.000,--
Gablitzer Turnverein	freie Hallenmiete
Gymnastik Klub	freie Hallenmiete
New Stage Company	ATS 10.000,--
Pfadfinder	ATS 15.000,--
Singgemeinschaft	! freie Hallenmiete
Theatergruppe Pilat	ATS 5.000,--

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen

GR Lamers stellte den Zusatzantrag, daß der Gemeinderat (so wie Bund und Länder) Mitglieder nominiert, die in den größten Vereinen in den Vorstand kooptiert werden sollten. Dann wäre ein optimaler **Informationsaustausch** gesichert. Das war jedoch zuviel an Transparenz für die SPÖVP
Abstimmung: 1 (LiGa) - 18 - 1 (Knoll), abgelehnt

c. Feuerwehr: Die Feuerwehr bekommt, wie jedes Jahr, **ATS 100.000,--** als Subvention zu-

sätzlich zu den Betriebskosten für die die Gemeinde laut Gesetz aufkommen muß. Da die Subvention 1997 geringer ausgefallen ist, wird für 1997 ein Nachtrag von **ATS 25.000,--** (in Summe also ATS 125.000,--) gewährt.

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen

d. Pfarrkirche: Die Pfarre ersuchte die Gemeinde um einen Zuschuß zu Sanierungsarbeiten an der Kirche. Vor allem die Kosten für die Malerarbeiten und die neue Heizung sprengten das Kirchenbudget. Die Gemeinde wird daher eine Subvention in der Höhe von **ATS 30.000,--** gewähren.

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen

9. Tanzturnier, NÖ-Cup, Unterstützung

GGR Novacek schlug vor, den NÖ Cup, das jährliche Tanzturnier der lateinamerikanischen Tänze, in der Mehrzweckhalle durchführen. Über Sponsoren und Werbung tragen sich die Kosten dieses seit 20 Jahren durchgeführten internationalen Turniers weitgehend selbst. Die Gemeinde übernimmt von den Gesamtkosten von ca. ATS 100.000,-- lediglich ATS 16.000,-- sowie den Kartenvorverkauf

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen



10. Stadt Wien, Blockkraftwerk, Stellungnahme gem. UVP-G

Gemäß dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz hat die Gemeinde Parteienstellung bei Großprojekten in Nachbargemeinden. Das geplante Blockkraftwerk in Wien 22 (Donaustadt) fällt in diese Größenordnung, daher kann die Gemeinde im Verfahren mitreden. Da ein alter Kessel durch einen neuen (emissionsärmeren) ersetzt wird, sieht die Gemeinde keinen Grund zur Stellungnahme. Daß über diese Stellungnahme für dieses Kraftwerk auch alte Forderungen an die Gemeinde Wien bei anderen Stinkern (etwa Flötzersteig) transportiert werden hätten können, hat in der SPÖVP niemand bedacht. Im Gegenteil, der BM übte, bar jedes Wissens über dessen ökologische aber auch ökonomische Vorteile, sogar noch Kritik am UVP-Gesetz. GR Cech behauptete darüberhinaus, daß diese Anlage (trotz deren Größe!) die Gablitzer Umwelt nicht beeinflusse. Er schlug daher vor, auf eine Stellungnahme zu verzichten.

Abstimmung: 17 - 0 - 3 (Lamers, Ratzka, Riegler), angenommen

11. Straßenbauprogramm 1998, Auftragsvergabe

VBM Neumayer berichtete von den Vorhaben dieses Jahr. Jetzt, wo ganz Gablitz zugepflastert ist und es keine Schotterstraßen mehr gibt, beginnen die Sanierungen der Asphaltdecken. Es wird wohl das Straßenbauen in Gablitz niemals mehr aufhören. Wie jede neue Straße Verkehr anzieht, bedarf sie auch einer regelmäßigen Wartung und Sanierung. 1998 ist die Hauersteigstraße dran. Daß jedoch **wieder einmal auf eine Ausschreibung verzichtet** wurde und die Vergabe im Anhang an eine Ausschreibung aus dem Jahr 1991 (also zu Zeiten der Bauhochkonjunktur) durchgeführt wurde, stieß nicht nur GR Lamers (LiGa) auf. Der BM versprach, beim nächsten Straßenbauvorhaben wieder eine Ausschreibung durchzuführen.

Abstimmung: 18 - 0 - 2 (Lamers, Gänger), angenommen

12. Neubau des Gemeindeamtes, Baumeisterarbeiten, Auftragsvergabe

Im letzten Jahr wurde nach dem Beschluß ein neues Gemeindeamt zu errichten eine Ausschreibung für die Baumeisterarbeiten gemacht. Wie stark der Wettbewerb zwischen den Baufirmen mittlerweile ist beweist die Tatsache, daß sich insgesamt 19 Firmen an dieser Ausschreibung beteiligten. Bestbieter dabei war die **Fa. Leitzinger** mit einer Summe von **ATS 4,921 Mio. excl. MWSt.** Die zweitgereichte Fa. Jäger (St. Pölten) war um ca. ATS 50.000,-- teurer. GGR Kadlec stellte daher den Antrag, die Baumeisterarbeiten an die Fa. Leitzinger zu vergeben. Im Zuge des Abbruches werden noch verwertbare Teile des Gebäudes (Türen, Fenster, Armaturen, etc.) Bedürftigen (im Wege der Caritas) zur Verfügung gestellt.

Abstimmung: 20 - 0 - 0, angenommen

13. Getränke- und Speiseeissteuer, Lohnsummen- bzw. Kommunalsteuer, Großprüfung, Auftragsvergabe

Ca. alle 5 Jahre (kurz vor der steuerlichen Verjährungsfrist) läßt die Gemeinde die Getränke- und Kommunalsteuer bei den Gablitzer Unternehmen prüfen. Die unmittelbaren Einnahmen der Prüfung decken meistens die Kosten der Prüfung ab. Allerdings bemerkt man immer ein Ansteigen der Zahlungsmoral in den Jahren nach den Prüfungen. Insgesamt haben sich diese Prüfungen daher immer rentiert. Es wurden drei Angebote von WirtschaftsprüferInnen eingeholt. VBM Ehrengrober schlug vor die **Fa. Donau Wirtschafts- und Steuerberatungs GesmbH** um ca. **ATS 130.000,--** mit dem Auftrag zu betrauen. GR Haas verwies darauf, daß die Getränkesteuer derzeit vom VwGH und dem EU-GH auf ihre Rechtskonformität geprüft werde.

Abstimmung: 19 - 1 (Haas) - 0, angenommen



14. Gemeindebezügegesetz

Wenn es um Geld geht werden alle wieder wach. Sogar wenn man/frau diesen heiklen Punkt an das Ende der Sitzung verbannt, in der Hoffnung, daß die (wenigen) ZuschauerInnen der Gemeinderatsitzung bereits das Handtuch geworfen haben und nach Hause geeilt sind. Die vom Nationalrat beschlossene Bezügepyramide schlägt sich auch bis nach Gablitz durch. Ausgehend von einem Nationalratsbezug (ATS 100.000,-) wird für die BürgermeisterInnen eine Abstufung nach Gemeindegröße vorgesehen. Gablitz liegt mit seinen 3.784 HauptwohnsitzerInnen im Bereich der Gemeinden zwischen 3.000 und 4.000 EinwohnerInnen. Der Gemeinderat kann in diesem Rahmen einen **Bürgermeisterbezug** von **26 - 36 %** des Nationalratsbezuges festlegen. Derzeit bezieht der Gablitzer Bürgermeister ATS 27.358,- für seine Tätigkeit. Die Aufwandsentschädigung der VBM, GGR und einfachen GR werden prozentmäßig an diesem Bezug berechnet.

In Zeiten von Sparpaketen, Bezügediskussionen und Sozialkürzungen könnte man/frau eigentlich erwarten, daß die GemeinderätInnen ihre Bezüge und die des Bürgermeisters vorsichtig, eventuell am unteren Ende, ja maximal bis zur Hälfte des gesetzlichen Rahmens festlegt. Weit gefehlt! Unsere Gemeinde schreit es geradezu heraus! Seht her, was wir wert sind! Wir sind so gut, daß wir uns locker eine **25%ige Erhöhung** unserer Bezüge genehmigen! Wir müssen das den GemeindebürgerInnen wert sein! Wir gehen an den oberen Rand des gesetzlich erlaubten und legen den **Bürgermeisterbezug** mit **ATS 34.000,-** fest. Dadurch steigen auch alle anderen Bezüge um 25%. Im Jahr macht das für die Gemeinde einen **Mehraufwand von ca. ATS 385.000,-** aus. Die Kosten des Gemeinderates werden daher auf ATS 1,95 Mio. steigen.

Die LiGa stellte nur die eine Frage: Braucht eigentlich irgend jemand der Gemeinderäte dieses Summe wirklich? Oder wäre sie nicht besser im Sozialbudget unterzubringen, oder für kulturelle Veranstaltungen, oder für ...? Es gibt eine Partei die regelmäßig die Selbstbedienung der PolitikerInnen auf allen Ebenen zum Wahlkampfthema

macht. Und trotzdem lernt die SPÖVP nicht Augenmaß zu halten und sich mit geringen Steigerungen zu begnügen. Kein Wunder, daß das Ansehen von PolitikerInnen auch auf Gemeindeebene immer geringer wird. Bezeichnend war einerseits, daß GGR Ecker (Soziales!) während der ganzen Diskussion den Raum verlassen hatte, andererseits vom BM nur zwei Wortmeldungen seiner eigenen Fraktion zugelassen wurden. Es war eindeutig (und wurde nach der Sitzung „unter vier Augen“ von mehreren GR bestätigt), daß bei diesem Punkt die „kritischen“ GR der SPÖVP von den eigenen Fraktionen nur mittels **Klubzwang** (auch das gibt es noch!) an der Kandarre gehalten werden konnten. Die Diskussion war kurz (weil sie seitens der ÖVP nur aus Statements bestand) und die Abstimmung eindeutig. Die Parteiführer agierten unter dem Motto „Wenn ich mich schon schämen muß, dann sollen es die Parteifreunde auch tun“. Und Grund zum Schämen haben sie jetzt genug.

Abstimmung: 18 - 1 (Lamers, LiGa) - 0, angenommen

Ende des öffentlichen Teils um ca. 22 Uhr.



Halb-Desperados

BürgerInnenmitbestimmung

Letztes Jahr gab es anlässlich der Neugestaltung des Gemeindeamtes eine kleine BürgerInnenbefragung. Jede/r konnte seine/ihre Stimme für ein bestimmtes Projekt abgeben. Das Ergebnis war eindeutig.

Die meisten Stimmen gab es für das Projekt von Arch. Schmidt, das auch von den GemeinderätInnen und der Gemeindeverwaltung favorisiert wurde. Die Plätze zwei und drei belegten ebenso klar die Architekten Fleiß und Beiglböck. Eine klare Sache - würde man/frau also meinen. Das beste Projekt wird gebaut, die anderen bekommen die Preisgelder von ATS 10.000,- und 5.000,- für ihre Mühe.

Tja aber leider - leider. Der Bauausschuß und in der Folge der Gemeinderat akzeptierte das Ergebnis der Bevölkerung einfach nicht, sondern legte eine eigene Reihung fest. Die Preisgelder erhalten die Architekten Kirnberger und Beiglböck, der Gablitzer Architekt Fleiß geht, trotz des Votums der Gablitzerinnen, hingegen leer aus.

Es ist nun müßig darüber nachzudenken, warum der „Expertenrat“ des Bauausschusses die Gelder unbedingt anders verteilen wollte, ob persönliche Resentiment mitgespielt haben oder nur die Überzeugung es sowieso besser zu wissen als die ignorante Bevölkerung. Es bleibt jedoch auch die Frage zurück, warum es dann eigentlich eine Befragung der GablitzerInnen gibt, wenn deren Urteil sowieso nicht berücksichtigt wird.

Jedenfalls wieder ein lehrreiches Beispiel für den Stellenwert der direkten Demokratie in Gablitz.

Gottfried

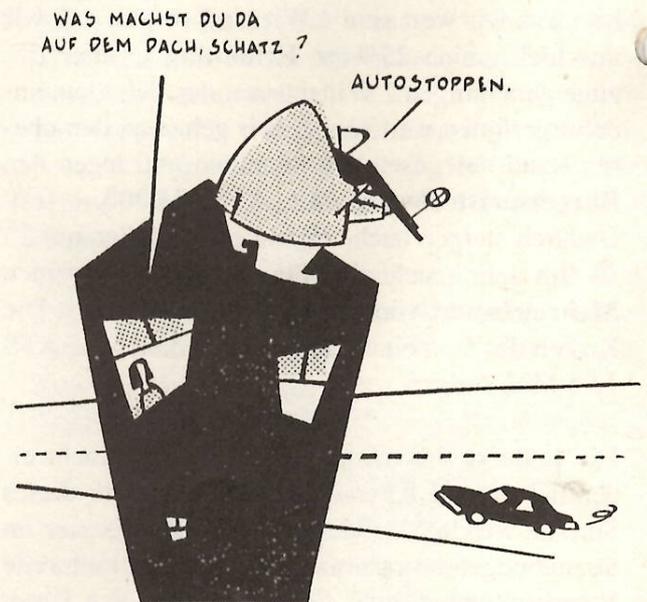


Lichtspiele

Der Kampf um eine Ampel ist mühsam und langwierig. Am Beispiel der beiden Gablitzer Fußgängerampeln läßt sich das leicht nachvollziehen. Petitionen mußten verfaßt werden, Unterschriftenlisten gesammelt, Behördenprüfungen abgehalten (mehrfach), die (zögerliche) Zustimmung der Gemeinde eingeholt werden und vor allem: es mußte viel gewartet werden. Auf die Ampel bei der Berggasse ca. 3 Jahre, auf die beim Gemeindeamt noch länger.

Aber es geht offenbar auch einfacher. Wenn man/frau groß genug ist und mit einigen Milliarden Wirtschaftskraft winken kann, gestaltet sich auch der Umgang mit Behörden einfacher. Wenn sich ein Supermarkt irgendwo hinsetzt, den Nahversorgern das Wasser abgräbt (bis zur Aufgabe) und dann draufkommt, daß sein Parkplatz zu klein geraten ist, ist das wohl kein öffentliches Anliegen - oder? Eben nicht! Wenn Billa Parkplatzprobleme hat, staut Gablitz!

Weit und breit kein Fußgänger der das Idyll der Parkplatzampel stört und eine lehrreiche Geschichte über Machtverhältnisse im Land.



Bad

Es ist eigentlich schon eine alte Geschichte!

Seit Jahren wird von der LISTE GABLITZ darauf hingewiesen, daß dringende Investitionen für das Gablitzer Bad notwendig sind um überhaupt den Betrieb weiterführen zu können. Ebenso wird von der Gemeinde für die Schwimmbadsanierung jährlich ein Betrag von 100 - 200.000,- budgetiert, der schlußendlich dann doch wieder nicht ausgegeben wird. Jahr für Jahr wird diese „Einsparung“ der dringend notwendigen Mittel als besonderer Sparerfolg der Gemeinde verkauft. Die Mittel flossen halt in wichtigeren Projekten wie Bauhof oder Straßenbau.

Nunmehr macht sich aber bei der SPÖVP kaum jemand wirklich noch Gedanken über eine Sanierung des Bades. Daß es abgerissen und (bestenfalls) verlegt wird, ist beschlossene Sache. Daß ein neues Schwimmbad jedoch an die 15 Mio öS kosten würde und diese Mittel in absehbarer Zeit (also die nächsten 5 Jahre) nicht zur Verfügung stehen, tut den Planspielen der großen Strategen keinen Abbruch. Immer neue Grundstücke zwischen Hauersteigstraße und Sportplatz werden als „geeignet“ aus dem Hut gezaubert und in die Diskussion geworfen. Bedenklich ist, daß in der Debatte dieser Experten, von denen übrigens kein einziger jemals im Schwimmbad zu sehen ist, immer öfter die Frage gestellt wird, ob Gablitz denn überhaupt ein Schwimmbad braucht. In Pürkersdorf gibt es ja eh so ein schönes ... Außerdem bringt es ja nur Verluste (S 100.000,- pro Jahr).

Die LiGa wird, wie schon in der Vergangenheit, um das Schwimmbad am derzeitigen zentral gelegenen Platz kämpfen, jedoch ist eine Unterstützung durch die GablitzerInnen bei diesem Kampf von großer Bedeutung. Alle BadbesucherInnen und solche die es noch werden könnten, sollten sich an die ProponentInnen der SPÖVP wenden um für diese wichtige (und einzige) kommunale öffentliche Einrichtung auszusprechen. Ansonsten sollten wir in Gedanken Abschied vom Gablitzer Schwimmbad nehmen.

Impressum: M., H., V.: Alternative Liste Niederösterreich, Hermannsgasse 25/2/18, 1070 Wien

Redaktion: Kurt Horvath (3192), Dagmar und Gottfried Lamers, Irene Bochno (4122), Andreas Daxbacher (Tintifax 4075), Fritz Weiss (61315)
Aufgabepostämter: 1150, 3300; Verlagspostamt: 1070

Bausache

Wie lange kann/darf sich eine Gemeinde mit dem österreichischen Rechtssystem spielen? Offenbar unbegrenzt. Die Gemeinde Gablitz wird von einem Gablitzer Bürger seit 1985 regelmäßig mit Einsprüchen, Säumnisbeschwerden und sogar Urteilen des Verwaltungsgerichtshofes eingedeckt ohne die Sache tatsächlich zu einem Ende führen zu können. Wobei natürlich alle der Gemeinde übergeordnete Stellen (Land, VwGH) dieser die Schuld an dem Versäumnis bzw. die Kosten der Verfahren zugeordnet haben. Durch die damit entstehenden Kosten wird die Sache zur öffentlichen Angelegenheit.

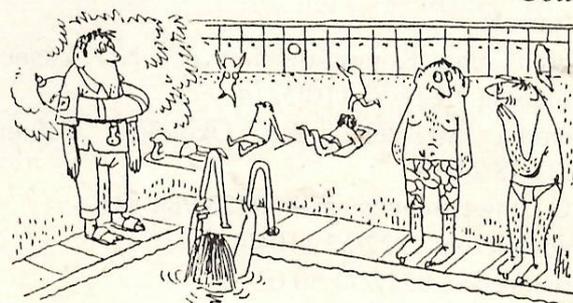
Ohne im Verfahren selbst (eine Bauangelegenheit) Stellung beziehen zu wollen, was ohne Akteneinsicht auch ganz unmöglich ist, so gibt doch das Procedere selbst Grund zur Kritik. Es ist in einer Gemeinde unvermeidlich, daß hin und wieder falsche Bescheide ausgestellt werden. Diese landen dann in der Berufung und werden von der übergeordneten Instanz berichtigt. Unverständlich ist jedoch, wenn eine Gemeinde einfach gar nichts macht und sämtliche Fristen verstreichen läßt. Nicht einmal - sondern mehrmals.

Der Streit zwischen Nachbarn eskalierte auf diese Art und Weise längst zu einer Kraftprobe zwischen Gemeinde und Bürger. Es geht schon seit Jahren nicht mehr um die Bausache selbst sondern um die Rolle der Behörde in dem Verfahren. Die Fronten sind so verhärtet, daß ein Abbruch der Verfahren unwahrscheinlich ist. Es wird daher bis zum letzten Abbruchbescheid weiterprozessiert werden.

Auf der Strecke bleibt jene Partei zugunsten derer die Gemeinde Partei ergriffen hat.

Personal-Notstand bei Bademeistern

Gottfried



Bloß mit'm Schwimmen soll er no Probleme ham..."

Serviceseite

• Frauen

- Notruf für vergewaltigte Frauen: 0222/93 22 22
- Frauenhaus Wien: 0222/ 3156 56
- Frauenhaus St. Pölten: 0274/ 2014
- Ambulatorium für Schwangerenberatung: 0222/51 29 631
- Frauenministerium: 0222/53 115

• Kinder

- Kindertelefon: 0222/31 66 66

• Konsumentenschutz

- AK Konsumentenschutzabteilung: 0222/58 883
- Verein für Konsumenteninformation: 0222/58 78 686

• Menschenrechte

- Amnesty International: 0222/ 50 54 320

• Soziales

- Rotes Kreuz: 2144 Notruf 144
- Arbeitersamariterbund: 2244
- Kummernummer (Sozialministerium): 0222/58 73 587

• Sozialstation Purkersdorf

- Beratungsstelle: Wienerstraße 12, 3002 Purkersdorf: 58 10

• Sucht

- Anonyme Alkoholiker: 0222/406 81 64 oder 0222/798 82 41
- Angehörige von alkoholkranken Menschen (Al-Anon-Familiengruppe: 0222/408 53 77

• Tiere

- Bund der Tierversuchsgegner: 0222/71 30 824

• Umwelt

- Abfall- und Komposttelefon der NÖ Landesregierung: 0222/53 110/3214
- Gamma Meßstelle des Ökologie Instituts: 0222/48 22 89
- NÖ Umweltschutzanstalt: 02236/84 541
- Ozontelefon: 0222/53 110/44 44
- Greenpeace: 0222/71 30 031

